

Landtagsdirektion
Eingelangt am

04. NOV. 2008

359/08

fritzklub
Bürgerforum Tirol
im Tiroler Landtag

43/2008

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten **Fritz Gurgiser, Bernhard Ernst, Dr. Andreas Brugger, Fritz Dinkhauser, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Gottfried Kapferer, Ing. Thomas Schnitzer**

betreffend: **Verbesserung der Angebotsbedingungen für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe bei Aufträgen der öffentlichen Hand bzw. landes- und gemeindeeigener Unternehmungen.**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu unternehmen, um bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand sowie landes- und gemeindeeigener Unternehmungen für ein faires nichtdiskriminierendes Bestbieterprinzip zu sorgen und den über Jahrzehnte entstandenen Wildwuchs an Bedingungen und Auflagen für den Auftragnehmer auf das notwendige Maß zu reduzieren, welches für eine ordentliche und sichere Abwicklung notwendig ist“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Wirtschaftsausschuss** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Am 10. Juli 2008 hat Frau Landesrätin Patricia Zoller-Frischauf öffentlich angekündigt, sich sinngemäß für ein Bestbieterprinzip etc. dahingehend zu engagieren, dass öffentliche Aufträge vermehrt in Tirol bleiben.

Wie die tägliche Praxis zeigt, ist von dieser Ankündigung noch nichts zu spüren. Gerade jetzt aber, wo die Regierungen auf Landes- und Bundesebene mit sogenannten „Konjunkturpaketen“ einer von nationalen und internationalen Wirtschaftsexperten vorausgesagten Flaute mit unter Umständen steigenden Arbeitslosenzahlen gegensteuern wollen, ist es aus Sicht zahlreicher Praktiker dringend notwendig, über Jahrzehnte gewachsenen „Wildwuchs an Auflagen, Bedingungen, Vorgaben“ etc. zu durchforsten und zu entrümpeln. Im Gegenzug sollen klare und nichtdiskriminierende Kriterien in einem Bestbieterprinzip mit Punktesystemen dafür sorgen, dass vor allem Betriebe, die ihre Mitarbeiter ordentlich entlohnen, die jungen Menschen Lehr- und Ausbildungsplätze bieten, die weder bei Finanzamt noch bei der Sozialversicherung Steuern bzw. Abgaben schuldig sind, auch Nutznießer dieser Konjunkturpakete werden.

